

Wochenblatt

Pernsprecher

* No. 18. *

Telegramm-Adresse:

Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint Dienstag, Donnerstags und Sonntags.
Besitzer: M. H. Sonntag.
Blatt u. Humor. Wochenblatt
Abonnement. Monatl. 50 H.,
vierteljährlich 1.25 bei
freier Zustellung ins Haus,
durch die Post bezogen unter
Nr. 8602 H. 1.26.

für Pulsnitz und Umgegend

Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Pulsnitz.

Inserate für denselben Tag
sind bis vormittags 10 Uhr
anzugeben.
Einspaltige Zeile oder deren
Raum 12 H.
Lokalpr. 10 H. Reklame 20 H.
Bei Wiederholungen Rabatt.
Alle Annoncen-Expeditionen
nehmen Inserate entgegen.

Amtsblatt für den Bezirk des Königl. Amtsgerichts Pulsnitz, umfassend die Ortschaften: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Böhmisch-Dollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberseina, Niederseina, Weißbach, Oberlichtenau, Niederlichtenau, Friedersdorf-Chiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh.: J. W. Mohr.) Expedition: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Verantwortlicher Redakteur Otto Dorn in Pulsnitz.

Nr. 30.

Sonnabend, den 11. März 1905

57. Jahrgang.

Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des in Bretzig verstorbenen Schnittwarenhändlers Friedrich Hermann Boden ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses

der Schlusstermin

auf den 5. April 1905, vormittags 10 Uhr

vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte bestimmt worden. Die Gebühr des Verwalters wird auf 250 M., seine Auslagen werden auf 67 M. festgesetzt.
Pulsnitz, den 4. März 1905.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche für Großröhrsdorf Blatt 638 auf den Namen Moritz Bernhard Fischer eingetragene Grundstück soll am

10. Mai 1905, vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück — Wohngebäude und Brauerei — ist nach dem Flurbuche 11,6 Ar groß und auf 34 000 M. — J geschätzt. Die darauf errichteten Gebäude Nr. 83 B des Brandkatasters haben 30 150 M. Brandtaxe.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist Jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 2. Februar 1905 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Pulsnitz, den 8. März 1905.

Königliches Amtsgericht.

Neueste Ereignisse.

Der Kaiser hat die Helgolandfahrt wegen des schlechten Wetters aufgegeben

Prinz Albrecht von Preußen hat 12000 Mark für die Geschädigten in Südwestafrika gespendet.

Für die Hochzeitsgabe der preussischen Städte an das deutsche Kronprinzenpaar sind bis jetzt 410 000 Mark aufgebracht worden.

Der österreichische Ministerpräsident von Gautsch hat im Abgeordnetenhaus erklärt, der Zwischenfall Goluchowski-Rheinbaben sei in äußerst freundschaftlicher Weise erledigt.

Die Arbeiter der Symplonabahn haben wegen Erhöhung der Arbeitszeit einen Ausstand begonnen. Die staatlichen Waffenfabriken in Petersburg entließen vorgestern 40 000 Arbeiter.

Der Streik der Bahnangestellten in Newyork verläuft ungünstig; Erzeise wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Die Japaner haben vorgestern Vormittag 10 Uhr Mukden besetzt. Kuropatkin marschiert mit seiner Artillerie auf Tieling. Selbst die Londoner Blätter sprechen nicht mehr von einer Umzingelung. Die Japaner verfolgen die Russen bis Fushun bis zu dem Hantai.

Die üble Zwangslage für das Deutsche Reich.

Die Beratungen über den Heeresetat im deutschen Reichstag und die Ablehnung der für die Kavallerie geforderten Verstärkungen haben wieder einmal in greller Weise die unerträglich werdende Zwangslage des Deutschen Reiches in Bezug auf seine Einnahmen und Ausgaben dargestellt. Die Einnahmen decken die laufenden Ausgaben in keiner Weise, und da wir in einem großen Staate, der vor gewaltigen Aufgaben steht, mit der weisen Sparsamkeit und der Erschließung kleiner Mehreinnahmen zu keiner befriedigenden Besserung der Finanzen kommen können, so stehen die verbündeten Regierungen und der Reichstag vor einem der größten Probleme seit der Gründung des Deutschen Reiches, denn eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen des Deutschen Reiches ist eine der schwierigsten und zugleich bedenklichsten Aufgaben. Das einfache und

oft angewandte, wenn auch stets übel empfundene Mittel der Steuererhöhung, um den Finanzen aufzuhelfen, gibt es bekanntlich für das Deutsche Reich als solches nicht, weil nach der Reichsverfassung das Deutsche Reich im Namen der Bundesstaaten nur Zölle und indirekte Steuern erhebt und solche mit den Ratifikationsbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten zu der Reichskasse verrechnet. Man könnte nun denken, daß, wenn das Deutsche Reich keine direkten Steuern einnehmen kann, und dieses Recht ganz und ungeschmälert nur den Bundesstaaten zusteht, dann einfach die Bundesstaaten eben mehr Steuern erheben müssen, um ihre größeren Beiträge für die Reichsausgaben decken zu können. Diese einfache scheinende Folgerichtigkeit begegnet aber in den Landtagen der deutschen Bundesstaaten den größten Bedenken und Schwierigkeiten, weil die Staatssteuern schon so hoch sind, daß Finanzminister wie Volksvertreter nicht ohne weiteres eine wesentliche Erhöhung derselben zum Zwecke der Abführung der erhöhten Einnahmen in die Reichskasse vornehmen können. Außerdem wachsen die Ausgaben auch in den Bundesstaaten, und eine direkte Steuerbelastung zu Gunsten des Reiches könnte zu großen Störungen für die gesunde Entwicklung der einzelnen Bundesstaaten führen. Es bleibt daher immer und immer wieder nur ein Ausweg übrig, neue große Einnahmen auf dem Gebiete der Zölle und indirekten Steuern zu erschließen, und das deutsche Volk kann noch in dieser Reichstagsession hören, wie dem Reichsdirektor ein Ende bereitet werden soll, denn der Staatssekretär des Reichsschatzamts Herr v. Stengel hat in der Reichstagskommission erklärt, daß mit „kleinen Mitteln“ in den Reichsfinanzen nichts zu machen sei, und daß man sich gezwungen sehe, eine gründliche Reform der Reichsfinanzen vorzunehmen. Wo Herr v. Stengel nun neue Geldquellen für das Reich erschließen will, bleibt ja noch sein Geheimnis, aber bald wird es sich als Schrecken lösen, denn irgendwoher müssen doch die fehlenden Millionen genommen werden. Leute, die das Gras wachsen hören, meinen, eine Reichsbiersteuer solle einen neuen Goldstrom in die Reichskasse lenken. Andere glauben aber, daß man es eher mit einer Reichserbschaftsteuer versuchen werde. Die letztere hat aber wieder Verfassungsbedenken, da die Bundesstaaten schon Erbschaftsteuern erheben. Menschlich und wirtschaftlich betrachtet würde eine hohe Erbschaftsteuer allerdings die am wenigsten drückende Abgabe sein, wenn sie nur von größeren Erbschaften mit steigender Scala erhoben wird, denn Leute, die größere Summen erben, empfinden darin gar keinen Nachteil, daß es einige hundert Mark, oder bei ganz großen Summen einige tausend Mark weniger sind. Der Herr Reichsschatzsekretär und der hohe Reichstag würden sich daher den Dank aller deutschen Steuerzahler erwerben, wenn sie eine neue Reform der Erbschaftsteuer unter Zustimmung des

Bundesrates für das Reich finden oder mit den Bundesstaaten vereinbaren könnten, die jährlich etwa hundert Millionen Mehreinnahmen brächten. Diese Steuern zahlten nur die mit Glücksgütern Begünsteten, und das Reichsdirektorat verschwände.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Ohorn. Morgen, Sonntag, nachmittags 4 Uhr findet, wie schon durch Inserat bekannt gegeben, eine Versammlung der Zuchtgenossenschaft im Obergasthof statt. Herr Tierarzt Rudert wird hierbei einen Vortrag über die Tuberkulose halten. Dieses wichtige Thema wird gewiß vielen, auch Frauen, Anlaß zum Besuch dieser Versammlung geben.

Ueber die Vorteile der freiwilligen Weiterversicherung bei der Invalidenversicherung sei hier ein Fall mitgeteilt, in dem die Frau eines Landwirtes, welche bei ihrer Verheiratung die Versicherung freiwillig fortgesetzt hatte, einige Jahre nach ihrer Verheiratung an einem hartnäckigen Augenleiden erkrankte und sich infolgedessen genötigt sah, einen Antrag auf Gewährung von Invalidenrente zu stellen. Dieser Antrag wurde für begründet erklärt und die Antragstellerin erhielt eine Invalidenrente von jährlich 148 Mark 20 Pfennige zugebilligt. Hätte die Frau bei ihrer Verheiratung sich die Hälfte ihrer Beiträge erlassen lassen, so würde ihr ein einmaliger Betrag von etwa 30 Mark zugefallen sein, wogegen sie jetzt infolge ihrer freiwilligen Weiterversicherung in den Bezug einer Jahresrente von 148 Mark 20 Pfennigen gelangt ist. Dieser Fall zeigt wiederum, wie vorteilhaft es für weibliche Versicherte ist, bei der Verheiratung nicht den augenblicklichen geringen Vorteil wahrzunehmen, sondern sich lieber durch Weiterversicherung den Bezug einer dauernden Rente zu sichern. Schon durch Verwendung von jährlich 10 Beitragsmarken kann die Anwartschaft auf eine Rente gewahrt werden.

Hängt Mistkästen auf! Unsere gefiederten Sänger sind auf der Reise zu uns, einzelne von ihnen auch schon hier. Wollen wir unsere Siedlinge darum in den Gärten nahe bei uns haben, so müssen wir dafür sorgen, daß sie geschützte Unterkunft und in erster Linie geeignete, vor Feinden und rohen Händen sichere Brutstätten finden. Am Gesang, dem lebensfrohen Treiben und der nützlichen, insektenvertilgenden Tätigkeit der lieben Vögel werden wir unsere Freude haben. Deshalb: Hängt Mistkästen auf!

Der Bedarf an Volksschullehrern beläuft sich für das neue Schuljahr auf 730 bis 750. Dieser Bedarf kann von den Seminaren nicht völlig gedeckt werden, es werden deshalb wieder etwa 100 Lehrseminaristen zur Ausschilfe dem öffentlichen Schulwesen zugewiesen werden müssen.

Für den Monat Februar 1905 sind behufs Ver-

